HANS-JÜRGEN FERCHOFF:

„Kommunaler Handlungsleitfaden zur Bevorrechtigung von Einsatzfahrzeugen“
Bachelorarbeit am Lehrgebiet Verkehrswesen, Hochschule OWL, Detmold 2014

Kurzfassung

Nach § 38 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) ordnet die Verwendung von blauem Blinklicht zusammen mit dem Einsatzhorn an: „Alle übrigen Verkehrsteilnehmer haben sofort freie Bahn zu schaffen“. Bei Einsatzfahrten von Feuerwehr- und Rettungsfahrzeugen ist stets höchste Eile geboten, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwenden. Dabei ergeben sich insbesondere an Knotenpunkten besondere Gefahren im Verkehrsablauf.

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit wird ein Handlungsleitfaden für Kommunen aufgestellt, der unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse und Erfordernisse die Einrichtung eines ökonomischen Bevorrechtigungssystems für Einsatzfahrzeuge erleichtern soll. Um den Stand der Technik aufzuzeigen, wird zunächst im Rahmen einer Literaturrecherche ein Überblick über vorhandene Systeme zur Bevorrechtigung von Feuerwehr- und Rettungsfahrzeugen sowohl auf der freien Strecke als auch an signalisierten Knotenpunkten gegeben. In einem weiteren Schritt werden die einzelnen Systeme auf Vor- und Nachteile untersucht, sowie mögliche Potentiale dieser Systeme aufgezeigt. Ergänzt werden die objektiven Daten der Recherche durch subjektive Erfahrungen von Fahrerinnen und Fahrern von Einsatzfahrzeugen, die in persönlichen Gesprächen interviewt worden sind.

Des Weiteren wird ein Kriterienkatalog auf Grundlage der aufgeführten Vor- und Nachteile aufgestellt, der zusammenfassend aufzeigt, unter welchen äußeren Bedingungen (Lage im Netz, Verkehrsdichte, Tageszeit, etc.) welche Art von Bevorrechtigungssystem sinnvoll umgesetzt werden kann. Mit den Ergebnissen des Kriterienkataloges wird abschließend der kommunale Handlungsleitfaden zur Bevorrechtigung von Einsatzfahrzeugen aufgestellt. Dieser stellt für die Kommunen eine Arbeitshilfe für die Planung ökonomischer und mit der vorhandenen Infrastruktur verträglicher Bevorrechtigungssysteme dar.